

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Lebenslagen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) im Freistaat Sachsen untersuchen!**

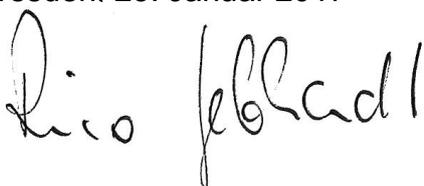
Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, begleitend zur Umsetzung der Vorhaben aus dem „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen in Sachsen“ eine Studie zur Verbesserung der Daten- und Kenntnislage über die Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) im Freistaat Sachsen erstellen zu lassen, dem Landtag vorzulegen und dabei die Untersuchungen insbesondere auf folgende Schwerpunkte auszurichten:

- a) Erfassung soziodemografischer Merkmale;
- b) Stand der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTTIQ*-Lebensweisen in Sachsen;
- c) Situation in der Bildung insbesondere der schulischen und der akademischen Bildung;
- d) Situation in Ausbildung und Arbeitswelt;
- e) Situation in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Altenhilfe;
- f) Bedarfsdeckung hinsichtlich der Angebote zur psychosozialen Versorgung, Freizeitgestaltung und zur Pflege sozialer Beziehungen;
- g) Erfahrungen mit Einrichtungen, Behörden und Institutionen im Zusammenhang mit der Beziehungsform oder Familienkonstellation;
- h) Erfahrungen aus dem polizeilichen und dem juristischen Bereich im Umgang mit vorurteilsmotivierter Gewaltwiderfahrnis.
- i) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Identitätsgruppen.

b.w.

Dresden, 25. Januar 2017



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Es wird begrüßt, dass die Sächsische Staatsregierung das Vorhaben, „durch einen Aktionsplan darauf hin[zu]wirken, dass jeglicher Form von Diskriminierung, auch aufgrund sexueller Identität, entgegengewirkt wird“ (siehe „SACHSENS ZUKUNFT GESTALTEN - KOALITIONSVERTRAG 2014 BIS 2019 ZWISCHEN DER CDU SACHSEN UND DER SPD SACHSEN“, Seite 65), im Koalitionsvertrag verankert hat, so dass der Plan zwischenzeitlich unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden konnte. Dies wird seitens der Antragstellerin ausdrücklich gewürdigt, wenngleich bekannt ist, dass von der Vorlage des fertigen Entwurfs und dessen Beratung im Beirat zum Landesaktionsplan bis zur angekündigten Verabschiedung durch die Staatsregierung bereits jetzt unverhältnismäßig viel Zeit verstrichen ist.

Bei der Ausarbeitung des Planentwurfs zeigte sich auch in Sachsen, dass hinsichtlich detaillierterer Kenntnisse und Informationen über die Lebenslagen von LSBTTIQ*-Menschen noch erkennbare Lücken bestehen, die geschlossen werden müssten, um einerseits Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Landesaktionsplans gezielter auf die tatsächlichen Bedarfe ausrichten zu können und um andererseits über eine fundierte Bewertungsgrundlage sowohl für die Evaluierung von realisierten Einzelmaßnahmen als auch der Umsetzung des gesamten Landesaktionsplanes zu verfügen. Vergleichbare Einschätzungen sind früher auch in anderen Bundesländern getroffen worden. Dadurch könnte nun in Sachsen bei der Erstellung einer sächsischen Lebenslagenstudie z. B. an die Erfahrungen von Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg angeknüpft werden, wo das Mittel der anonymen Online-Befragung genutzt wurde, welches auch nicht-geouteten Menschen die Möglichkeit der Teilnahme eröffnete.

Die Antrag stellende Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag vertritt angesichts der zuvor getroffenen Aussagen die Auffassung, dass auch in Sachsen unbedingt Anstrengungen zur Schließung bestehender Daten- und Informationslücken unternommen werden sollten, um kurz-, mittel- und langfristig ein fundiertes Niveau der fachpolitischen Arbeit zu sichern. Folglich wird beantragt, die Lebenslagen von LSBTTIQ*-Menschen im Freistaat Sachsen genauer zu untersuchen und die Ergebnisse der Untersuchung in geeigneter Form dem Sächsischen Landtag vorzulegen.